

Offener Brief an Herrn Bundespräsident Ignazio Cassis

Beschämend für die Schweiz

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Ignazio Cassis,

Wir wären gerne stolz auf unser Land und seine Aussenpolitik, um uns mit Ihnen in Ihrem Präsidentschaftsjahr zu freuen, aber wir können es nicht.

Die Bestätigung des Umzugs des Kooperationsbüros der DEZA von Ost-Jerusalem nach Ramallah, wo sich bereits die Schweizer Vertretung bei der Palästinensischen Autonomiebehörde befindet, hat uns empört. Was der Mehrheit unserer MitbürgerInnen als einfacher Verwaltungsentscheid aus wirtschaftlichen Überlegungen erscheinen mag – die Zusammenlegung zweier etwa fünfzehn Kilometer voneinander entfernter Büros des EDA – ist wohl in seinen Auswirkungen eine der schlimmsten politischen Entscheidungen in der Geschichte der Schweizer Aussenpolitik.

Wir erklären uns: Das DEZA-Büro wurde 1994 in Ost-Jerusalem im Zuge der Oslo-Vereinbarungen eröffnet, welche ursprünglich die Gründung eines palästinensischen Staates neben dem Staat Israel vorsahen. Damals tat die Europäische Union dasselbe, indem sie ihre diplomatische Vertretung bei der Palästinensischen Autonomiebehörde auch in der Heiligen Stadt neben älteren Konsulaten (Vereinigtes Königreich, Belgien, Schweden) errichtete. Seit einem Vierteljahrhundert hat die DEZA von ihrem Büro in Ost-Jerusalem aus wirtschaftliche und humanitäre Hilfe für die PalästinenserInnen im Westjordanland und im Gazastreifen bereitgestellt, ebenso hat sie – in Erwartung einer politischen Lösung des Konflikts – Instrumente zur guten demokratischen Führung von Gemeinden angeboten.

Doch im vergangenen Herbst übten die israelischen Behörden plötzlich Druck auf die Schweiz aus, ihr Kooperationsbüro zu schliessen. Da darf man sich nicht täuschen lassen. Diese Forderung zielt darauf ab, jeden Bezug zur palästinensischen Präsenz weiter von Jerusalem weg zu drängen, einer Stadt, die das israelische Parlament 1980 einseitig zur «ein-

zigen und unteilbaren» Hauptstadt des Staates Israel erklärte, nachdem es den östlichen Teil Jerusalems, einschliesslich der Altstadt, militärisch im Jahr 1967 erobert hatte.

Herr Bundespräsident und Aussenminister, Sie wissen besser als die meisten anderen, dass den Kraftakten von 1967 und 1980 unzählige Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen folgten, in denen daran erinnert wurde, dass Jerusalem nach wie vor als mögliche gemeinsame Hauptstadt zweier Staaten gilt. Und Sie kennen die offizielle Position der Schweiz sehr genau, welche eine «umfassende verhandelte Regelung über den endgültigen Status von Jerusalem» als eines der Hauptkriterien für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts nennt. Kurzum: Die Stadt Jerusalem hat eine Symbolik allerersten Ranges, es ist daher nicht annehmbar, wenn sie dem einen Lager mehr zugestanden würde als dem anderen.

Leider scheint es, dass diese Position für Sie keine Rolle spielte. Ohne zukünftige Verhandlungen abzuwarten (für die rechtskonforme Rahmenbedingungen erfüllt sein müssten), sind Sie eingeknickt, haben nachgegeben, um die politische Agenda der expansionistischen israelischen Dampfrollen-Politik zu befriedigen und haben damit faktisch das von den israelischen Regierungen sukzessive befohlene Ungleichgewicht der Kräfte akzeptiert. Sie kennen die Gründe, die zu diesem Schritt geführt haben – und diese Gründe verdienen es, öffentlich diskutiert zu werden. Wie dem auch sei, die Lage ist sehr ernst. Während immer mehr Stimmen laut werden, die verlangen, dass westliche Regierungen über folgenlose Erklärungen hinaus konkrete Massnahmen erwägen sollten, um das Projekt der israelischen Regierung einer schrittweisen Annexion der palästinensischen Gebiete zu stoppen, haben Sie entschieden, mit dem Schweigen, welches die Haltung des EDA leider zu oft kennzeichnet, zu bre-

chen und mitschuldig zu handeln. Dies jedoch in einer Weise, durch welche das Lager des israelischen Ultranationalismus zu Lasten der noch verbliebenen palästinensischen Präsenz in Ost-Jerusalem gestärkt wird! Damit werden Recht und Gerechtigkeit auf dem Kopf gestellt.

Der Umzug des Schweizer Kooperationsbüros nach Ramallah muss im grösseren Kontext der Vertreibungen palästinensischer Familien aus den Quartieren Sheikh Jarrah, At-Tur, Silwan und anderen verstanden werden.

Dass die Schweiz damit einen Weg einschlägt, welcher die schrittweise ethnische Säuberung auf palästinensischem Land unterstützt, ist erschütternd. Ihr Präsidentschaftsjahr fing unter diesem Blickwinkel schlecht an. Dieser Entscheid ist für die Schweiz beschämend. Wir laden daher alle schockierten MitbürgerInnen ein, Ihnen persönlich zu schreiben, um Ihnen ihre Empörung kundzutun. Wir möchten an dieser Stelle klar bekräftigen, dass ein dauerhafter Frieden im Nahen Osten nur gelingen kann, wenn das legitime Streben von Israelis und PalästinenserInnen nach einem Zusammenleben unter Achtung des Existenzrechts beider berücksichtigt wird.

Mitunterschreibende Organisationen:

Berner Mahnwache für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina
Café Palestine Zürich
Cercle Martin Buber
Collectif Action Palestine Neuchâtel
Collectif Urgence Palestine – Genève
Frauen für den Frieden Schweiz
Gerechtigkeit und Frieden in Palästina GFP
Ina outra senda – Swiss Friends of Combatants for Peace
Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina
Kairos Palästina
Kampagne Olivenöl Palästina
Mahnwache Zürich
medico international schweiz - CSS Zürich
Palästina-Solidarität Region Basel
Parrainages d'enfants de Palestine
Terra Sancta Tours
Urgence Palestine, Nyon La Côte